

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Zeichen der Zeit erkennen
Grundwerte erhalten
F B P

Demokratie lebt von der Veränderung. Unser Staat braucht neue Kräfte.

AKTUELL

EG ruft Botschafter zurück

Die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben beschlossen, aus Protest gegen die Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie ihre Iran-Botschafter in die jeweiligen Hauptstädte zurückzurufen. Das gab Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher am Montag am Rande der Ausserministertagung der Gemeinschaft in Brüssel bekannt. Die Botschafter beziehungsweise Geschäftsträger sollen Teheran so lange «zur Berichterstattung» fernbleiben, bis die gegen Rushdie und seine Verleger ausgestossenen Morddrohungen der iranischen Führung zurückgezogen sind.

Schäden in Milliardenhöhe

Das Erdbeben, das im Dezember Teile der Sowjetrepublik Armenien verwüstete, hat offiziellen Angaben zufolge Schäden von rund zehn Milliarden Rubel (nach offiziellem Kurs etwa 33,3 Milliarden Mark) verursacht und nach letzter Zählungen rund 25 000 Menschen das Leben gekostet. Das Armenische Staatskomitee für Statistik wird von der Nachrichtenagentur TASS am Montag mit der Mitteilung zitiert, 20 Städte und 342 Dörfer seien betroffen, 58 von ihnen völlig zerstört. Die Zahl der Verletzten wurde auf 19 000 beziffert.

SPD setzt Gespräche aus

Ausserungen von führenden Vertretern der Berliner Alternativen Liste (AL) zur Gewaltfrage haben am Montag zum vorläufigen Abbruch der Sondierungsgespräche mit der SPD über eine rot-grüne Koalition geführt. In der AL gebe es dazu noch «erheblichen Klärungsbedarf», hiess es seitens der Berliner SPD. Noch am Freitag vergangener Woche hatten Kommissionen beider Parteien ein gemeinsames Papier zur Gewaltfrage, zur Rechteinheit Berlins mit dem Bund und zum Status der Stadt vorgelegt.

Schewardnadse in Kairo

Der sowjetische Ausserminister Eduard Schewardnadse hat am Montag in Kairo, der wichtigsten Station seiner derzeitigen Nahostreise, seine Gespräche mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak über eine Nahost-Friedensinitiative der UdSSR aufgenommen. Am Mittwoch will er in der ägyptischen Hauptstadt mit seinem israelischen Kollegen Mosche Arens zusammentreffen. Schewardnadse wird in Kairo auch mit dem PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat zusammenkommen.

Für die künftige Europa-Politik fehlt ein klares Konzept

Die VU hat jahrelang gezaudert, ohne die drängenden Fragen der Zukunft anzugehen – Keine Grundlagen geschaffen – Von Dr. Ernst Walch

Liechtenstein steht inmitten eines friedlichen Neuordnungsprozesses in Europa, eines sich rasant entwickelnden europäischen Binnenmarktes – ohne daran selbst gestaltend mitzuwirken. Die Mehrheit der letzten Jahre hat es verschlafen, die Grundlagen zu schaffen, um eigenständig Entscheidungen treffen zu können, um im Konzert der europäischen Staaten aktiv teilnehmen zu können.

Das erklärte Ziel der EG ist die politische Union der Staaten. Der Binnenmarkt ist Teil dieses Zieles, aber auch das entscheidende Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Wirtschaft und Aussenpolitik sind herausgefordert. Die Wirtschaft wird vom Staat auf diese Auseinandersetzung kaum vorbereitet und erhält wenig politische Schützenhilfe. Sie ist auf sich selbst gestellt. Landtag und Regierung sind für die politische Auseinandersetzung weder im Inland noch gegenüber dem Ausland gewappnet. Es fehlt das Konzept und daher auch der Konsens darüber im eigenen Land.

VU hat Chance nicht genutzt

Die Instrumentarien zur Geltendmachung unserer Interessen der EG und anderen Staaten gegenüber, z. B. Besserstellung im Zollvertrag, Mitspracherecht in der EFIA, allfällige Mitgliedschaft in der UNO, stehen uns nicht zur Verfügung oder werden nicht eingesetzt.

Wenn wir unter der Führung der VU weiterhin zaudern und uns im momentanen Wohlstand sonnen, werden wir diesbezüglich sehr bald nichts mehr zu entscheiden haben, sondern wir werden uns den europäischen Gegebenheiten unfreiwillig unterzuordnen haben.

Weder die Schweiz noch die EG haben die Pflicht, für uns zu denken und zu handeln. Überlassen wir es ihnen, sind unsere Interessen naturgemäss zweitrangig gewahrt. Die VU-Regierung hat lange Zeit gehabt, Impulse zu setzen. Sie hat diese Chance ungenutzt gelassen.

Konkurrenzfähigkeit sichern

Wir müssen im eigenen Land schnell und mit vereinten Kräften die Grundlagen zur Mitgestaltung des modernen Eu-

ropas erarbeiten. Die Industrie und innerhalb des Dienstleistungssektors das Treuhand- und Bankenwesen sind die wichtigsten Säulen unserer Wirtschaft. Zum Schutze unserer Arbeitskräfte, unseres Wohlstandes und unserer Identität im künftigen Europa gilt es besonders, diese Bereiche zu stärken, deren Konkurrenzfähigkeit zu sichern, neue Marktchancen zu erobern. Parallel dazu müssen die politischen Instrumentarien insbesondere unsere Stellung im Zollvertrag verbessert werden, um so zusammen mit der Schweiz die Zukunft zu meistern. Es muss Liechtensteins Stellung in der EFIA ausgebaut werden und es muss eine Entscheidung der UNO-Frage im Inland angestrebt werden.

Rahmenbedingungen schaffen

Die Gesetzgebung soll nur Rahmenbedingungen schaffen, die auch die einschlägigen EG-Gesetze berücksichtigen. Das Formularwesen ist zu vereinfachen und in technischen Belangen sollen, wo immer möglich, europäische Normen übernommen werden. Das Gesellschaftswesen ist zu entmystifizieren. Es muss auf allen Ebenen, d. h. mittels kompetenter Lehre und Rechtsprechung unserer Gerichte, zusammen mit der Industrie und dem Gewerbe, über die Aussenpolitik, im In- und Ausland als unanfechtbarer Wirtschaftszweig ausgestaltet und vertreten werden.

Konkrete Massnahmen

Es gibt eine Vielzahl konkreter Massnahmen, die zur Verbesserung unserer Position beitragen: Beteiligung an Forschungsprojekten der EFIA und der EG; Ausrichtung unserer Schulen und Ausbildung auf Europa, und nicht nur auf die Schweiz; Studienplatzsicherung in EG-Staaten; Fremdsprachenbetonte Ausbildung (Englisch als 1. Fremdsprache); Unterstützung der Forschung an Universitäten und Industrien; Abschaffung der Couponsteuer, damit die liechtensteinische Aktiengesellschaft als Konzernholding vermehrt eingesetzt werden kann; Forschung und Lehre zum liechtensteinischen Gesellschaftsrecht entwickeln, z. B. durch vermehrte Publikationstätigkeiten



Dr. Ernst Walch, FBP-Kandidat Planken, über die derzeitige Aussenpolitik: «Die VU-Regierung hat lange Zeit gehabt, Impulse zu setzen. Sie hat diese Chance ungenutzt gelassen.»

der Anwälte, durch Forschungsaufträge; Aufbau einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit; regelmässiger Gedankenaustausch zwischen den Berufsverbän-

den, insbesondere den Anwälten, Treuhändern, Banken und der Industrie.

Es gilt, die Zeichen der Zeit zu erkennen und danach zu handeln.

Weniger liechtensteinische Patienten in Grabs

Pressekonferenz der Spitalleitung Grabs – Laufend weitere Verbesserung der Infrastruktur

(G.M.) – Der Anteil der liechtensteinischen Patienten, gemessen an den Krankentagen, ist in den letzten Jahren im Spital Grabs immer kleiner geworden. Nach den verrechneten Krankentagen belief sich der Anteil liechtensteinischer Patienten noch auf gut 20 Prozent, wie gestern an einer Pressekonferenz im Spital Grabs erklärt wurde. Der Rückgang, der schon einige Zeit anhält, ergibt sich nach den Worten von Chefarzt Dr. Robert Rohner durch die Möglichkeiten Liechtensteins, Langzeitpatienten im Lande selbst ärztlich zu versorgen.

Das Spital Grabs registrierte 1988 insgesamt 54 034 (55 880) Krankentage, wovon 11 154 (12 386) oder 20,6 Prozent von liechtensteinischen Patienten stammten. Der Grund für den Rückgang erklärte Verwaltungsleiter H. U. Künzler mit Renovationsarbeiten im Pflegebereich und in zwei Operationssälen. Diese Arbeiten bedingten die zeitweise Räumung der betreffenden Abteilungen, während drei Wochen lang nur in einem Operationssaal operiert werden konnte.

Beachtliche Statistik

Die an der Pressekonferenz veröffentlichte Jahresstatistik nimmt sich beachtlich aus. Neben den 4966 Patienten, die betreut werden mussten, weist die Statistik auch 596 (561) Geburten auf. Zudem wurden 3718 Operationen durchgeführt und 15 207 Röntgenaufnahmen gemacht. Hinzu kommen 12 664 Therapiebehandlungen und 89 827 Laboruntersuchungen. Diese Arbeiten wurden von 271 Personen

(inklusive Teilzeitangestellte und Praktikanten) bewältigt, worunter 21 Ärzte und 57 Personen des diplomierten Pflegepersonals. Von den 271 Beschäftigten waren im letzten Jahr 176 Personen aus der Schweiz, was einem Anteil von 65 Prozent entspricht. 95 Personen stammen aus dem Ausland, worunter 15 aus Liechtenstein.

Weniger Defizit

Die gesamten Aufwendungen beliefen sich 1988 auf 18,6 Millionen Franken (17,6 Millionen Franken im Vorjahr), was einer Steigerung von 2,5 Prozent entspricht. Mit 13,4 Millionen Franken (12,9 Millionen Franken) stehen die Personalkosten an erster Stelle, gefolgt von den Kosten für den medizinischen Bedarf.

Der Aufwand pro Pfl egetag belief sich auf 344 Franken und liegt damit um rund 9 Prozent über dem Vorjahr. Pro Patient entstanden dem Spital Grabs im Durchschnitt Kosten von 3745 Franken – 5,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Liechtenstein hatte insgesamt 887 516 Franken an Defizitanteil zu entrichten, was deutlicher unter dem budgetierten Betrag von 1,685 Millionen Franken liegt. Verwaltungsleiter Künzler dazu: «Nachdem wir im Jahre 1987 lediglich ein Defizit von 462 113 Franken auswies, verringerte sich der Defizitbeitrag für liechtensteinische Patienten von den budgetierten 67,20 Franken pro Krankentag auf 47,41 Franken, wobei eine Rückzahlung für 1987 von 35,23 Franken pro Krankentag erfolgte.»



Das Spital Grabs hatte 1988 etwas weniger Patienten als im Vorjahr – gemessen an den Krankentagen – zu betreuen. Der Anteil der liechtensteinischen Patienten an diesen Krankentagen belief sich noch auf 11 154 Tage oder 20,6 Prozent. (Archivbild)

Für Stimmrecht 18 auf Gemeindeebene

St.Gallen (spk) Die 18jährigen sollen im Kanton St.Gallen künftig wenigstens auf Gemeindeebene politisch mitbestimmen können. Der Grosse Rat hat am Montag einer entsprechenden Vorlage in zweiter Lesung zugestimmt. Eine grössere Debatte entbrannte dagegen um das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene.

Die Änderung zum Stimmrecht 18 gab direkt zu keinen weiteren Diskussionen Anlass. Im November vergeblich eingebrachte Anträge, weiter zu gehen, blieben diesmal aus. Die Schlussabstimmung findet noch in dieser Session statt.

Arbeitslosigkeit leicht angestiegen

Bern (AP) Aus saisonalen Gründen ist die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz im Januar gegenüber dem Vormonat leicht um 647 auf 21 651 angestiegen. Bei einer unveränderten Arbeitslosenquote von 0,7 Prozent waren dies 5472 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) am Montag mitteilte. Werden die Zahlen um die saisonalen Einflüsse und Extremwerte bereinigt, so bestätigte sich die bereits seit Anfang 1988 anhaltend rückläufige Tendenz der Arbeitslosigkeit. Bei den Arbeitsämtern wurde eine neue Rekordzahl von 15 551 offenen Stellen gemeldet.